



Interviews

Datum: 07. Januar 2024

Steffen Wurzel im Gespräch mit Reinhard Bütikofer, MdEP, Bündnis 90/Die Grünen, Vorsitzender der Delegation des Europäischen Parlaments für die Beziehungen mit der Volksrepublik China

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.

Wurzel: Das Interview der Woche, am Mikrofon Steffen Wurzel und zu Gast heute Reinhard Bütikofer, Mitglied des Europaparlaments für Bündnis 90/Die Grünen, einer der führenden Außenpolitiker des Europaparlaments und vor allem einer der profiliertesten Kenner Chinas und Taiwans im EU-Parlament. Das Auswärtige Amt in Berlin hat Reinhard Bütikofer im Dezember außerdem berufen zum Co-Chef eines neu zu gründenden deutsch-taiwanischen Dialogforums, herzlich willkommen.

Bütikofer: Ich grüße Sie, Herr Wurzel.

Wurzel: 2024, ein weltweites Superwahljahr. Rund 40 Prozent der Weltbevölkerung wählen dieses Jahr: Nicht im kommunistischen China, aber unter anderem im demokratischen Taiwan - und zwar dort schon nächstes Wochenende, mit Präsidentschaftswahlen und mit Parlamentswahlen. Viele Asienexperten sagen, das sei gleich mal eine der wichtigsten Wahlen in diesem Jahr überhaupt. Sagen Sie das auch?

Bütikofer: Ja. Das ist eine Wahl, von der in Taiwan selbst gar nicht so viel abhängt, weil Taiwan sich als lebendige Demokratie etabliert hat. Dort hat es schon mehrfach nach demokratischem Standard friedliche Machtwechsel gegeben. Aber in den internationalen Beziehungen hängt sehr viel davon ab, wie das ausgeht und vor allem, wie China mit dem Ergebnis umgeht.

Wurzel: Inwiefern? Was erwarten Sie da?

Bütikofer: Die Volksrepublik hat den einen erfolgversprechenden Kandidaten, den der regierenden Partei DPP der jetzigen Präsidentin, Vizepräsident Lai Ching-te, verweigert, soweit es überhaupt möglich ist. Das sei ein ganz schlimmer Finger, er sei ein Separatist, einer, der wolle eigentlich Krieg haben in der Taiwan-Straße. Und offizielle chinesische Stellen, aber auch Think-Tank-Leute, mit denen man reden konnte, sagen ziemlich unverblümt, ja, also, wenn die Mehrheit in Taiwan sich für die DPP ausspricht ...

Wurzel: Und danach sieht es im Moment aus nach den Umfragen ...

Bütikofer: ... Na, es ist knapp, aber es sieht so aus, als könnte die DPP tatsächlich zum ersten Mal ein drittes Mandat in Folge gewinnen. Und bis jetzt war es immer so, dass maximal zwei Mandate von den Wählern guttiert wurden. Und dann haben sie die andere Seite gewählt. Und das wäre jetzt das erste Mal. Und dann will man – was immer das heißt – Maßnahmen ergreifen, sagt Peking.

Wurzel: Die Staats- und Parteiführung in Peking sagt ja über Taiwan: Das ist gar kein Land, sondern Teil der Volksrepublik. Immer wieder droht die Staatsführung deswegen mit einem Einmarsch auf der Insel und sie droht ja auch anderen Staaten für den Fall, dass diese Kontakte mit Taiwan intensivieren. Da reichen zum Teil ja schon kleine symbolische Gesten. Sollte Ihrer Ansicht nach die Bundesregierung dem Wahlsieger – wer auch immer es sein wird – gratulieren, zum Telefon greifen und in Taipeh anrufen? Oder wäre das schon eine Grenzüberschreitung?

Bütikofer: Na ja, ob man jetzt schriftlich, fernmündlich, per Tweet oder überhaupt gratuliert, ist vielleicht nicht die entscheidende Frage. Die entscheidende Frage ist, dass wir uns nicht in symbolischen Gesten beschränken, sondern dass wir das tun, was der Stabilität in der Straße von Taiwan und der Zukunftsfähigkeit der taiwanischen Demokratie tatsächlich guttut. Und das heißt als Erstes, diese überbordenden chinesischen Ansprüche aus Peking zurückzuweisen. Deutschland – auch die ganze EU – hat diese chinesische Politik nie akzeptiert. Wir haben zwar immer gesagt, seit wir die Volksrepublik anerkannt haben, dass nur Peking China repräsentiert, aber wir haben nie gesagt: „das schließt ein, dass sie (in China) einen legitimen Anspruch haben, die selbstregierte Insel unter ihre Gewalt zu zwingen und das im Zweifel sogar mit militärischen Mitteln zu tun“. Wir anerkennen Taiwan nicht diplomatisch, aber wir haben aktive Beziehungen mit Taiwan und wollen diese auch verstärken. Und ich glaube, das ist das, worauf es dann wirklich ankommt. Vor allem kommt es darauf an, klarzumachen, Taiwan wird nicht isoliert vom Rest der Welt. Taiwan ist nicht einfach so ein Inselchen, das China mal je nach Gusto behandeln kann, sondern da gibt es eine Solidarität von Demokraten und wir wollen auch – das hat auch die Bundesregierung ja in ihrer Koalitionsvereinbarung schon geschrieben, dass Taiwan in internationalen Organisationen sinnvoll mitwirken kann.

Wurzel: Die Drohungen gegenüber Taiwan, die es von chinesischer Seite immer wieder gibt: Einmarsch, Krieg - es gibt ja quasi keine Rede von Staats- und Parteichef Xi Jinping, in der dieses Thema nicht vorkommt – sind das Ihrer Ansicht nach nur Rhetorik und Folklore, oder ist das ernst zu nehmen?

Bütikofer: Das ist ernst zu nehmen, aber ich glaube, man muss dann noch mal genauer draufgucken, in welcher Weise. Viele, die bei uns darüber reden, tun so, als

wäre wegen dieser Rhetorik der Einmarsch der chinesischen Armee oder der Angriff der chinesischen Marine jetzt das nächste, was ansteht. Das glaube ich nicht. Wenn die Volksrepublik immer wieder auf dieser Propaganda-Linie beharrt, dann tut sie das, denke ich, vor allem aus zwei Gründen. Sie will gegenüber Taiwan einschüchtern. Sie will signalisieren, ihr habt keine Zukunft, außer unter unserem Stiefel. Und sie will der internationalen Gemeinschaft gegenüber auch einschüchtern und sagen: „Lasst die Finger weg, ihr verbrennt sie Euch“. Ich glaube, wenn Peking es könnte, würden sie die sogenannte „friedliche Wiedervereinigung“ (Chinas mit Taiwan) allemal vorziehen. Das heißt, dass man ohne Einsatz von Militärgewalt dafür sorgt, dass man im Zweifel die Kontrolle übernehmen kann. Und viel wahrscheinlicher als ein amphibischer Angriff – so etwas hat es ja noch nie gegeben über 180 km Distanz ...

Wurzel: ... was könnte stattdessen passieren? Eine Seeblockade? Das wäre ja für die Weltwirtschaft, gerade für eine exportorientierte Nation wie Deutschland, genauso schlimm.

Bütikofer: Eine Seeblockade wäre dramatisch, auch eine teilweise Seeblockade (nach dem Motto): Jetzt (blockieren wir Taiwan) 14 Tage, bis die Energievorräte knapp werden und dann lässt man wieder ein bisschen Luft dran und dann kommt man wieder damit. Also, da ist ganz viel vorstellbar. Da gibt es ganz viel, aber ich glaube, wir sollten Peking den einen Gefallen nicht tun, nämlich das Kaninchen sein zu wollen, das auf die Schlange starrt. Sondern wir sollten mit einer gehörigen Portion Überzeugungskraft und Selbstbewusstsein sagen, unsere Solidarität mit Taiwan, die fußt nicht nur darauf, dass wir deren Halbleiter brauchen – und da ist ja Taiwan ökonomisch, für die ganze Welt enorm wichtig. Ohne Taiwan geht da nichts.

Wurzel: Sondern?

Bütikofer: Wir respektieren auch, dass Taiwan, nachdem da mal die Chiang Kai-shek-Diktatur jahrzehntelang geherrscht hatte, eine lebendige Demokratie geworden ist, die sich mit der Geschichte der Diktatur auseinandersetzt, die sich mit der Diskriminierung kleiner ethnischer Minderheiten im Land auseinandersetzt, die darüber diskutiert, wie man die Energiezukunft grüner macht, die darüber diskutiert, was es an gesellschaftlicher Vielfalt alles geben sollte. Da finden Sie (in der Region Ostasien) nicht viele (vergleichbare) Länder.

Wurzel: Also, die Werte, die geteilt werden mit Taiwan, meinen Sie?

Bütikofer: Ja. Und die lebendige Zivilgesellschaft, die es in Taiwan gibt, ist meines Erachtens besonders lobenswert.

Wurzel: Sie hören das Interview der Woche im Deutschlandfunk. Zu Gast heute Reinhard Bütikofer. Sie scheiden nach der Europawahl im Sommer aus dem EU-Parlament aus, werden dann gemeinsam mit einem taiwanischen Vertreter Chef einer neuen deutsch-taiwanischen Dialogplattform. Das wurde Anfang Dezember in Taipeh und in Berlin offiziell bekanntgegeben. Auf was dürfen wir uns da einstellen? Und vor allem: Sie sind jemand, der von Chinas Staatsführung sanktioniert ist. Ist das nicht eine Provokation, ausgerechnet Sie da zum Chef zu machen?

Bütikofer: Na ja, das ist eine Arbeitserleichterung für die chinesische Staatsführung. Die müssen jetzt nicht noch jemanden extra sanktionieren. Sie haben es schon gemacht in meinem Fall. Nein, ich glaube, es gibt eigentlich nichts, was wir in Kooperation mit Taiwan machen können, was nicht als Provokation interpretiert wird von Peking aus.

Wurzel: Aber was ist zu erwarten? Geben Sie ein Beispiel dafür, was in der Dialogplattform passieren wird.

Bütikofer: Wir werden uns mindestens einmal im Jahr wechselweise in der Bundesrepublik und in Taiwan treffen. Das sind auf beiden Seiten zwölf Leute, die aus verschiedenen Bereichen kommen: aus der Wissenschaft, aus der Think-Tank-Welt, aus der Wirtschaft, auch ein Journalist ist dabei und über gemeinsame Themen reden. Zum Beispiel über ... haben wir jetzt nicht festgelegt, aber wäre naheliegend, über Forschungsk Kooperationen. Zum Beispiel, was ich ein sehr spannendes Thema finde, wie pfiffig NGOs in Taiwan sich selber mit Einmischung übers Internet auseinandersetzen, wie sie versuchen, da eine selbstorganisierte demokratische Gegenwehr zu leisten und das nicht einfach alles dem Staat überlassen. Es gibt viele Themen im Bereich der Energiepolitik, wo die taiwanesischen Regierung ehrgeizige grüne Ziele versprochen hat, aber bis jetzt nicht so sehr konsequent umsetzt, wo man auch Kritisches zu besprechen hat miteinander. Dass zum Beispiel die Windkraftinvestoren aus Europa, die in Taiwan gerne wirken möchten, nicht unbedingt das Gefühl haben, sie sind so willkommen, wie wir uns das erhoffen würden. Und es geht gerade darum, Taiwan wie es ist um seiner selbst willen wahrzunehmen und darum, nicht nur Taiwan durch die Brille: „Was heißt das jetzt für die Beziehung mit China?“.

Wurzel: Dennoch spielt es natürlich eine Rolle, wenn der Generaldirektor für Europa im chinesischen Außenministerium Wang Lutong erklärt hat, Deutschland solle – Zitat – „besser nicht mit dem Feuer spielen“, als er davon gehört hat, dass Deutschland, die Bundesregierung diese Dialogplattform mit Taiwan gründet. Man macht da ja auch auf chinesischer Seite durchaus viel kaputt.

Bütikofer: Ach ja, diese Wolfskrieger, wie man die nennt, diese diplomatischen Hyper-Nationalisten, die sagen viel, wenn der Tag lang ist. Ich glaube, wir sollten uns da nicht ins Bockshorn jagen lassen.

Wurzel: Allem Protest aus Peking zum Trotz ist es ja so, dass zum ersten Mal seit 26 Jahren vergangenes Jahr ein Mitglied des Bundeskabinetts in offizieller Mission nach Taiwan gereist ist: Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger von der FDP. Auch Delegationen des Bundestags sind nach Taipeh gereist. Ist das so eine Art Zeitenwende, die wir in den letzten Monaten erlebt haben, der Deutschen in Sachen Taiwan-Politik?

Bütikofer: So groß würde ich es nicht aufhängen, aber ich würde schon sagen, dass in einer gewissen Phase der China-Euphorie nicht wenige sich so verhalten haben, als wäre die demokratische Verwandtschaft in Taiwan so eine Art buckliges Hindernis für noch bessere Geschäfte in China, was man irgendwie am liebsten gar nicht wahrnehmen möchte. Und ich glaube, da hat sich etwas verändert. Das liegt einerseits daran, dass uns Taiwan heute als Akteur und nicht nur als Bittsteller gegenübersteht. Wirtschaftlich habe ich es schon gesagt, aber wenn Sie sich angucken, wie Taiwan zum Beispiel die Pandemie gemanagt hat, das war vorbildlich.

Wurzel: ... in der Corona-Pandemie?

Bütikofer: In der Corona-Pandemie. Das war vorbildlich. Da können wir uns viel davon abschneiden, viel davon lernen. Oder zu sehen, wie Taiwan jetzt mit den vorhandenen Mitteln Solidarität mit der Ukraine demonstriert. Auch das ist vorbildlich. Wir sehen in Taiwan einen Partner. Das hat sich etwas geändert. Und das Zweite ist: Die Scheuklappen, mit denen man die unangenehmen Seiten der chinesischen Realität versucht hat, zu verdrängen, die funktionieren nicht mehr so richtig. Man nimmt zur Kenntnis, dass das China Xi Jinpings nicht dieselben Hoffnungen begründet, die das China Deng Xiaopings mal begründet hat.

Wurzel: Das Interview der Woche im Deutschlandfunk. Zu Gast der Europapolitiker und Chinafachmann der Grünen, Reinhard Bütikofer. Die EU und Deutschland bezeichnen China ja seit einiger Zeit schon ganz offiziell als Systemischen Rivalen. Hat die Bundesregierung Ihrer Ansicht nach die richtigen Konsequenzen aus dieser Erkenntnis „Systemischer Rivale“ gezogen?

Bütikofer: Ja. Die Bundesregierung hat das schon vor ihrem Zustandekommen durch die Koalitionsvereinbarung getan, in der China gegenüber eine klare Sprache gefunden wurde, die weder bei der Merkel-Regierung noch bei der Schröder-Regierung existiert hatte. Da hat es einen Erkenntnisfortschritt und einen Fortschritt auch in dem gegeben, dass man sagt, was man sieht und was man denkt. Dann hat die

Bundesregierung eine China-Strategie aufgelegt im zurückliegenden Jahr, die ich so rubrizieren würde, dass ich sage, da schließt sich Deutschland dem europäischen Mainstream an und hört auf, so eine Sonderrolle spielen zu wollen, die sagt, ja, wir haben einen Löffel, der ist lang genug, um auf ewige Zeiten mit China aus derselben Suppenschüssel zu essen.

Wurzel: Wobei das jetzt so klingt, als gäbe es eine einheitliche europäische Chinapolitik, was ja eigentlich nicht der Fall ist.

Bütikofer: Es gibt eine einheitliche europäische Chinapolitik in bestimmten Grundsätzen, die in Berlin lange bekämpft wurden.

Wurzel: Zum Beispiel?

Bütikofer: Zum Beispiel haben wir in den letzten Jahren mehrere Instrumente geschaffen in Europa, zwischen Rat und Parlament, zum Schutz unserer Industrie gegen unfaire Investitions- und Handelspraktiken. Das Antidumping-Instrument, das Instrument über unfaire Subventionen, das Instrument zu fairem Wettbewerb bei Ausschreibungen, das Anti-Coercion-Instrument, Investmentscreening und so weiter. Und viele von diesen Sachen wurden lange von Berlin blockiert. Und jetzt hat Europa doch gemeinsam realisiert, dass allein die Regeln der (Welthandelsorganisation) WTO uns gegenüber China als einem Land, das diese Regeln brutal ausnutzt, nicht reichen. China hat zum Beispiel, seit es der WTO beigetreten ist, 17-mal versprochen, dass man dem internationalen Abkommen über Ausschreibungen beitreten wird. Hat man aber nie gemacht. Sodass wir heute eine Situation haben, wo chinesische Staatskonzerne ganz fröhlich bei uns Ausschreibungen, öffentliche Ausschreibungen gewinnen können, aber europäische Unternehmen in China gar nicht zugelassen werden. So etwas kann man auf Dauer nicht hinnehmen, wenn die Handelsbeziehungen nicht völlig einseitig werden sollen. Das heißt, wir haben mehr europäische Gemeinsamkeit, auch wenn wir nicht immer dieselbe Tonart sprechen.

Wurzel: Jetzt ist im Zusammenhang mit China, mit der Chinapolitik in Europa und in Deutschland immer wieder von „De-Risking“ die Rede. Wenn wir da auf Deutschland schauen: Die BASF investiert gerade zehn Milliarden Euro in China in ein neues Riesenwerk. Volkswagen ist im Sommer eingestiegen beim chinesischen E-Auto-Konzern Xpeng. Die Mercedes-Benz AG gehört inzwischen zu 20 Prozent chinesischen Eignern. Das sieht auf den ersten Blick nicht nach De-Risking aus.

Bütikofer: Ich glaube auch tatsächlich, dass wir da noch eine schwierige Diskussion vor uns haben. Und ich glaube nicht, dass man mit so einem Dachbegriff wie De-Risking schon alle Fragen im Einzelnen beantworten kann. Ich denke, da müssen verschiedene Branchen und auch verschiedene Arten von Unternehmen ihre eigene

Strategie finden und da muss auch der Staat seine eigene Verantwortung finden. Wenn es zum Beispiel darum geht, dass wir bei seltenen Erden zu 95 Prozent oder mehr von China abhängig sind, nicht, weil es das nur in China gäbe, sondern weil die ein quasi Monopol aufgebaut haben für die Verarbeitungskapazitäten, dann kann ich jetzt nicht sagen: BASF oder Volkswagen oder wer immer, de-riskt mal. Sondern da muss ich durch Kooperationen zum Beispiel mit rohstoffreichen Ländern wie Namibia oder anderen dafür sorgen, andere Zugänge zu finden, die nicht von China abhängig sind. Das ist offenkundig eine Rolle für nicht nur den deutschen Staat, sondern die EU oder vielleicht sogar in Kooperation mit Japan und anderen. Dann ist es sicher auch so, dass ein Großkonzern wie Volkswagen, der sich seit Ewigkeiten mit aller Kraft und viel Illusionen auf China geworfen hat ...

Wurzel: ... sehr erfolgreich aber in den letzten Jahren, muss man sagen.

Bütikofer: ... na ja, nicht mehr so erfolgreich. Der (Volkswagen-) Anteil am chinesischen Markt war mal über 30 Prozent. Bei den Verbrennern war es zuletzt 19. Und bei den Elektroautos liegt der Wert bei unter 3 Prozent. Also, das war nicht gerade so eine brillante Geschichte, würde ich sagen. VW atmet da sehr schwer im Moment. Trotzdem, für so ein Unternehmen ist ja klar: Die können sich nicht einfach auf dem Absatz rumdrehen und sagen, jetzt marschieren wir ganz in eine andere Richtung. Insofern muss man da auch bei dem De-Risking konkrete Wege suchen. Aber was nicht geht, ist, dass man einfach sagt: Wir übernehmen nur die Parole, aber wir machen nichts. Denn die Ansage, die ich zum Beispiel vom BASF-Chef gehört habe, von Herrn (Martin) Brudermüller, die glaube ich keinen Moment. Er sagt, wir wollen ja gar nicht, dass der Staat unsere Risiken übernimmt - lasst uns mal machen. Nur weiß ich, dass ein Unternehmen wie die BASF so systemisch relevant ist - das kann sich kein Mensch leisten, die BASF den Abgrund runtersausen zu lassen, wenn sie sich in China verhoben haben. Insofern muss man schon dafür sorgen, dass die ihre Verantwortung nicht nur rhetorisch wahrnehmen.

Wurzel: Ihre Parteikollegin, Außenministerin Annalena Baerbock, ist in den nächsten Tagen unterwegs im Nahen Osten und anschließend auch noch auf den Philippinen. Chinas Machtstreben im Indopazifik dürfte dort eines der Themen sein. Wie sollte sich die Außenministerin bei diesem Thema in Manila positionieren?

Bütikofer: Ich glaube, das weiß sie schon sehr gut, wie sie sich da positionieren will. Da hat ja Europa insgesamt eine klare Position. Die Art und Weise, wie die Volksrepublik sich gegenüber den Philippinern verhält, das ist schlicht imperialistisches Machtgehabe. Es gibt ein Urteil auf der Basis des Abkommens über Seerecht, das UNCLOS-Abkommen (UN-Seerechtsübereinkommen) von 2016, wo festgestellt wurde, die chinesischen Ansprüche auf diese Seegebiete im südchinesischen Meer

sind ohne jede rechtliche Grundlage. Wir werden bei dem Thema mit den Philippinern solidarisch sein und das wird auch Annalena Baerbock bei ihrem Besuch deutlich machen.

Wurzel: Lassen Sie uns über Europa sprechen, Herr Bütikofer. Zum Superwahljahr 2024 gehört natürlich auch die Wahl zum Europaparlament Anfang Juni. Und nach Umfragen dürften die Parteien der Mitte geschwächt werden und eher die Ränder stärker werden, vor allem die rechten Parteien. Macht Ihnen das Sorgen?

Bütikofer: Ja, wenn die Vernunft auf dem Rückzug ist, muss einem das ja Sorgen machen. Aber ich glaube nicht, dass man jetzt durch das Ausmalen von Dystopien schwarz in schwarz die Wählerinnen und Wähler dafür begeistern kann, sich doch für eine demokratische Option zu entscheiden. Ich glaube auch nicht, dass es wirklich das Risiko gibt, dass die Rechtsradikalen da so stark werden, dass man an ihnen nicht mehr vorbeikommt. Ich glaube, es wird auch im nächsten Europäischen Parlament eine klare Gesetzgebungsmehrheit von demokratischen Fraktionen geben. Wenn es nach mir geht und nach den meisten meiner Freunde in der Grünen-Fraktion, wären wir ein Teil davon. Aber das liegt natürlich nicht nur an uns. Es liegt auch daran, wie stark wir werden. Ich glaube, das ist dann das Thema für den Wahlkampf, dass man eine, ja, durchaus zwischen Demokraten streitige, aber doch eine auf bestimmten verlässlichen Prinzipien fußende Europapolitik entwirft und nicht nur darüber redet, dass jetzt die AfD mehr Mandate kriegen wird als letztes Mal. Das ist wohl so. Das ist bedauerlich, aber dem nur hinterher zu bellen, ändert ja nichts.

Wurzel: Sie haben im Europaparlament viel Erfahrung mit Rechtsaußenparteien und entsprechenden Politikerinnen und Politikern gesammelt in den letzten Jahren. In Deutschland wird seit einigen Tagen vermehrt über ein mögliches AfD-Verbotsverfahren diskutiert. Ist das Ihrer Ansicht nach der richtige Umgang mit einer Partei, die in Teilen rechtsextrem ist?

Bütikofer: Nein. Ich bin dagegen. Und ich finde, das ist an Lächerlichkeit kaum zu überbieten, wenn die Spitzenkandidatin der SPD in Sachsen, der die Meinungsforscher gerade mal 3 Prozent Unterstützung attestieren, jetzt sagt, man müsste jeden Tag zweimal über ein AfD-Verbot nachdenken. Schlimmer kann man die Demokratie eigentlich nicht verhunzen. Ich finde, der Kern der Auseinandersetzung ist die politische Auseinandersetzung und nicht die juristische. Und wenn jetzt manche aufgethetzten Bauern meinen, sie müssten es übertreiben, wenn der Robert Habeck irgendwo mit der Fähre ankommt, dann geht es darum, da in eine Auseinandersetzung zu gehen und klarzumachen, wie der Bauernverbandspräsident es in einer Erklärung gemacht hat, dass da bestimmte Grenzen einzuhalten sind. Ich finde, die politische Auseinandersetzung ist zentral und man muss dann auch genau zuhören,

worauf die Leute ansprechen. Die AfD ist ja nicht deswegen relativ erfolgreich, weil sie Faschisten hat, sondern sie ist auch deswegen relativ erfolgreich, weil sie Fehler der Demokraten zum Teil geschickt ausnutzt. Und dann sollten wir an unseren eigenen Fehlern arbeiten. Das ist vielleicht das Allererste.

Wurzel: Mit der Bitte um kurze Antwort: Waren Sie in den vergangenen Jahren und Monaten eigentlich froh, dem bundespolitischen Ampel-Hickhack aus der Ferne, von Brüssel aus, zuschauen zu können?

Bütikofer: Nein. Ich wäre lieber mittendrin gewesen und hätte das alles viel besser gemacht.

Wurzel: Reinhard Bütikofer, vielen Dank für das Gespräch.

Bütikofer: Ich danke Ihnen.